

Geschäftsstelle und Redaktion, Dresden, Pl. 16, Holbeinstr. 46

Preis pro Nummer 21 Pfennig, Postgebühr 2 Pfennig

# Sächsische Volkszeitung

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Pl. 16, Holbeinstr. 46. Preis pro Nummer 21 Pfennig, Postgebühr 2 Pfennig.

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Pl. 16, Holbeinstr. 46. Preis pro Nummer 21 Pfennig, Postgebühr 2 Pfennig.

## Was muß Eigenrecht der Gliedstaaten bleiben?

Von Prof. Dr. R. Beyerle, M. d. R.

Der in ganz Deutschland viel beachtete Beschluß des Parteitag der Bayerischen Volkspartei vom 9. Januar 1920 dürfte das Verständnis dafür geweckt haben, daß man in Deutschland nicht Verfassungen von heute auf morgen wie Kartenhäuser umbläuen darf und daß man mit dem Gebrauch vieldeutiger Schlagwörter vorsichtig sein muß, wenn man eine erfolgreiche Realpolitik treiben will.

Was muß nach der neuen Verfassung Eigenrecht der Gliedstaaten bleiben? So fragt man sich. Die Fragestellung nimmt das Wichtigste, die Anerkennung der Staatsqualität an die Länder, als gegeben an. Darum aber gerade handelt es sich! Wenn eine gesunde realpolitische Auffassung die Notwendigkeit des Weiterbestandes lebenskräftiger Gliedstaaten bejahen muß, da das Gegenteil nur zur Zersplitterung und Reichsverfall führen kann, dann müssen diesen Ländern so viele Eigenrechte verbleiben, daß die Jubilation der Staatsqualität an dieselben nicht ein Hohn auf die tatsächlichen Verhältnisse ist.

Was auf dieser Erde ist relativ, im Besonderen auch die juristischen Begriffe und ihre Allgemeingültigkeit für alle Länder und Zeiten. Wir Juristen haben es zwar längst gelernt, daß die Begriffe dem Leben dienen, nicht das Leben messern sollen. Dennoch ist der Wert festgelegter Begriffe auch für die staatsrechtliche Vorstellungswelt von höchster Bedeutung, besonders in unruhigen Zeiten. Wer weiß, daß der Vorstellungsinhalt eines Begriffes häufig das Ergebnis der Tenazität ganzer Geschlechter ist, wird einem eingeborenen konservativen Begriff nicht unnötig preisgeben. Darin liegt in gerade das Gefährliche des Spiels mit vieldeutigen Schlagwörtern, die wie Schaum an die Wasserfläche kommen und verschwinden.

Wenn das Bayernvolk seinen Staat erhalten will, so sagt ihm das Versprechen eines zentralisierten Einheitsstaates eben gar nicht. Zentralisation und Zentralisation sind viel zu allgemeine Schmeißen, um gegen den Begriff Staat aufkommen zu können. Auch darf nicht übersehen werden, daß das Ausmaß der Zentralisation eben immer von der Zentralgewalt ausgeht und folgerweise es in deren Belieben ist, die einzelnen Gliedern auf dem Wege der Zentralisation verbleibenden Rechte zu erhalten, aber auch sie zu mindern oder ganz verschwinden zu lassen. Wo daher ein gesunder Staat vorhanden ist und sein Staatsvolk den Willen hat, von diesem Staat nicht zu lassen, da stützt begreiflicherweise jeder Prophet des zentralisierten Einheitsstaates auf taube Ohren! An der Staatsqualität der Länder in dem Umfang, wie sie ihnen durch die Weimarer Verfassung zugebilligt ist, sollte darum unter keinen Umständen gerüttelt werden. Man lasse dem Reich seinen bundesstaatlichen Aufbau.

Was aber sind nun die Eigenrechte, welche die Länder behalten müssen, um noch fernhin die Charakterisierung als Staaten zu verdienen? Die Merkmale der Staatsqualität sind: Selbstbestimmte, die sich überall finden, wie Land und organisiertes Staatsvolk, andere sind mehr zeitgeschichtlich bedingt. Dann man darf nicht übersehen, daß die Entwicklung des Staatsbegriffes in der neuzeitlichen Staatslehre sich an den tatsächlichen Verhältnissen der vorhandenen Staatsgebilde geformt hat. Eine besonnene Auffassung der staatsrechtlichen Verhältnisse wird darum zum Beispiel nicht die volle Souveränität nach innen und außen als unerlässliches Merkmal eines Staates hinstellen. Sonst waren Preußen oder Bayern schon seit 1871 keine Staaten mehr, und ist jetzt, mindestens teilweise, durch den Vertrag von Versailles die Souveränität des Deutschen Reiches aufgehoben.

Damit ein Staat leben kann, ist zu fordern: Gebietshoheit, Staatsvolk auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit, eigene Regierung, selbständige Gesetzgebung, Selbstverwaltung. Die Reichsverfassung von Weimar respektiert grundsätzlich alle diese Staatsmerkmale der Länder, wie leicht im einzelnen ausgeführt werden könnte. Da freilich über den Ländern die staatliche Einzelpersonlichkeit des Reiches steht, ist fast überall auf diesen Gebieten eine Teilung und ein Ausgleich nötig. Absoluter Staatsgewalt der Länder würde das Reich als Staat laugen

und das letztere in ein Bündel von Staaten auflösen, die nur lose in einem völkerrechtlichen Verein zusammengehalten sind. Kein Befürworter wird aber heute daran denken, die Tage des jetzigen Deutschen Bundes wieder heranzuführen zu wollen.

Die verheißene Zentralisation bedeutet Zuhilfenahme des Eigenlebens von der Zentralstelle aus in Gestalt einer möglichst weitgehenden Selbstverwaltung. Es ist zuzugeben, daß im praktischen Ergebnis ausgedehnte Selbstverwaltung und staatliches Eigenleben auf das gleiche hinauslaufen können, zuzugeben auch, daß die Grenze zwischen Selbstverwaltungskörper und Staat flüchtig ist und Ubergangerscheinungen aufweisen kann. Die Anerkennung der Staatsqualität bietet also gegenüber mächtigen politischen Willkürherrschaften, die auf die Zentralisierung hindrängen, auch keinen unübersteigbaren Damm. Die Begriffe der geschriebenen Verfassung können durch das Leben ausgehöhlet werden und so Schatten sich verflüchtigen. Gleichwohl wird überall da, wo ein Staatsvolk vorhanden ist, die Gefahr nicht Platz greifen. Darum gerade wird man aber auch in Gebieten mit gesundem staatlichem Eigenleben niemals ohne äußeren Zwang sich auf Preisgabe der Staatsnatur einlassen.

Von einem Staate ist zu verlangen, daß er mit einem solchen Ausmaß von Eigenrechten ausgestattet ist, daß die Staatsmaschine nicht leer läuft oder verkrümelt, daß vielmehr der Gliedstaaten soviel Selbstständigkeit verbleibe, als das berechnete Volksempfinden und die Würde einer Volksvertretung und Regierung erfordern. Dies gilt insbesondere auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Hier will Bayern in den Fragen der inneren Verwaltung, auf dem Gebiete von Kirche und Schule, aber auch der Wirtschaftspolitik nicht vom Reich erdrückt werden. Die Weimarer Verfassung ist in der Erweiterung der Gesetzgebungsbefugnisse des Reiches bis nahe an die Grenze gegangen, die mit einem staatlichen Eigenleben der Länder verträglich ist. Die Erzbergerische Finanzgesetzgebung geht noch darüber hinaus. Sie enthält, darüber darf kein Zweifel sein, in mehr als einem Punkte eine Verfassungsänderung. Daher aber auch die große Erbitterung in Bayern gegen Erzberger und seine Politik, deren sichtbarster Ausdruck der Münchener Parteibeschluß vom 9. Januar 1920 ist. Es war ein Lager Geist der Weimarer Verfassung, gerade auf dem Gebiete der Kulturpolitik und wichtiger Seiten des Wirtschaftslebens dem Reich nur eine Grundgesetzgebung zuzugestehen, in deren Ausfüllung den Ländern noch eine reiche Gesetzgebungsarbeit verbleibt. Auch daran darf nicht gerührt werden. Vor allem aber ist zu fordern, daß die verfassungsmäßig vorgesehene Ueberleitung der einzelstaatlichen Verhältnisse auf das Reich unter schonlicher Pflege der Länderinteressen, zunächst auf dem Wege freier Vereinbarung vor sich geht, damit nicht der bittere Nachgeschmack der Verengung zurückbleibe.

Dies in kurzen Strichen einige Gedanken über die Erfordernisse staatlicher Eigenhaltung der Länder, die von allen denen beachtet werden müßten, denen es darauf ankommt, auf dem Wege einer friedlichen deutschen Verfassungspolitik alle Glieder des Reiches zum Wiederaufbau des daniederliegenden Vaterlandes zusammenzuführen.

## Was auf dem Spiele stand

Zur Lehre aus den jüngsten Vorgängen.

Die jüngsten parlamentarischen Ereignisse, welche die jüngsten Vorgänge in der Nationalversammlung mit erhellender, gehra und folgende Ausführungen zu:

Man muß sagen: Der Plan der Unabhängigen und Kommunisten war ausnehmend vorbereitet und durchdacht. Als es sich bei der Dienstademonstration vor dem Reichstage, wie man heute weiß, bei den „Jüngeren“ ganz bemächtigt darum handelte, das Reichstagsgebäude zu kirmen, und in dem auf diese Weise eroberten Parlamentshaus die revolutionäre Arbeit zu etablieren, da war diesen Absichten, man kann schon sagen, ein genialer Grundzug unterlegen. Die Rechnung ging dahin: Um jene Stunde war im Gebäude des Reichstages die Nationalversammlung mit allen ihren Parteien in erblicher Stärke versammelt. Mit den Abgeordneten waren die Mitglieder der jetzigen Regierung ausnahmslos im Hause anwesend. So war das Reichstagsgebäude zur Kaufhalle für Parlamentarier und Minister geworden.

Und nun stelle man sich einmal vor: Der Sturm des Gebäudes und seine Eroberung wären gescheit. Die Unabhängigen und Kommunisten hätten es nicht besser haben können, allen Widersachern ihrer Politik den Marsch zu machen oder sie zur Aktionsunfähigkeit zu verurteilen. Sie alle wären in dieser furchtbaren Kaufhalle auf Gnade oder Ungnade den neuen Diktatoren ergeben gewesen.

Die diesmalige Taktik der Radikalen war, wie man daraus erzieht, geradezu teuflisch. Aus den früheren Aktionen haben sie gelernt, daß Kräfteverteilungen der Schlagkraft einer revolutionären Aktion immer abträglich sind. Sie haben sich also diesmal nicht der Mühe unterzogen, die einzelnen Regierungsglieder oder die Zeitungsburgen oder das Polizeiviertel und dergleichen einzeln zu belagern oder zu kirmen, sie gingen diesmal wirklich auf Gans. Ein Erfolg des Sturmes auf den Reichstag würde sie jeder anderen Aktion entbehren haben, würde ihnen die politische Macht mit einem

Schlage in die Hände gespielt haben. Kein Minister, kein Parteiführer, kein Abgeordneter oder bürgerlicher Parlamentarier wäre der Wut und Rache dieser Massen entgangen.

In solcher Gefahr stand am Dienstag die Regierung, stand die Ernennung der Volkregierung, stand das Reiches Votum und stand damit das deutsche Volk selber. Wir müssen die Dinge mit aller Klarheit, mit allem, durch die furchtbare Lage gebotenen Ernst ins Auge fassen. Um Parteibreite ist es dieses Mal noch gegangen, dem Reich zu beugen. Man muß aber aus den Vorgängen lernen, und wir wünschen, daß vor allem die Regierung aus ihr lerne. Es darf nicht wieder vorkommen, daß das Parlament, das auf Grund des freiesten Wahlrechtes, das die Welt kennt, gewählt worden ist, daß die vom ganzen deutschen Volke beauftragten Volksvertreter, und daß ihre dem Volke anheimelnde Arbeit durch einen Haufen solchen Demonstrationen gefährdet und vereitelt wird, und daß die Träger dieses Volkswillens ihres Lebens nicht mehr leben!

Die Unabhängigen reden sich damit heraus, daß sie sagen: „Das Volk“ habe seinem Unwillen gegen das Betriebsrätegesetz Ausdruck geben wollen. Geht das Volk so, wohin sollen wir dann kommen, wenn irgend eine Partei sich bereits hat Recht nehmen wollte, bei einem ihr unangenehmen Besuche den Reichstag zu kirmen? Ivan Jizig, die unabhängige Kurie, hat unter dem Schutze der Reichstagskommission, die sie unter dem Dache des Reichstagsgebäudes genos, die Massen zum Sturm auf den Reichstag ermuntert mit den Worten: „Dieses Haus gehört dem Volke, ihr wisst, was ihr zu tun habt!“ Jene, die das Reichstagsgebäude gegen das deutsche Volk, aber nicht irgend einem rabulistischen Teile desselben, der für sich das Recht beansprucht, in den Frieden dieses Hauses einzudringen, wenn es ihm beliebt und dort drinnen alles zu sprengen, alles zu zerstören, wenn ihm gesetzgeberische Maßnahmen nicht passen. Wäre das auch noch Demokratie? Das deutsche Volk, das nicht identifiziert werden will mit einer von Neuteren, Defektieren, Jähultern, Kalkemmenbrütern, Jähultern und ähnlichen verbrecherischen Elementen geführten Parte, protestiert gegen diese unabhängige Annahme mit dem allerhöchsten Nachdruck. Die Kommunisten müssen wissen, daß gerade in ihrer Gefolgschaft sich derzeit die gefährlichsten Elemente in Massen befinden. Sie waren es ja auch, die diesmal die Pflicht dafür tragen, daß Tausende in Todesgefahr kamen. Sie warteten in Hoch auf das Signal, welches ihnen Hinbertramms, Mord- und Raubfreude geben haben würde. Die mächtigsten Instanzen des Reiches tobten sich aus. Die Weissen benahmen sich Männer und Weiber. Noch heute sind zwei Beamten des Reichstages spurlos verschwunden, zwei Sicherheitsbediensteten in die Evree geworfen und ertranken, anderen hat man die Augen ausgehöhlen, die L über zertrümmert und mit Kolben die Gehirne eingeschlagen. Und das alles, lange bevor man seinen der in einer unheimlichen Engelschub vorstehenden Soldaten gefeuert wurde.

Wie wieder darf es die Regierung zu solchen Ausschreitungen kommen lassen. Ihr obliegt die Verantwortung für die Führung des Parlamentes und seiner Arbeit. Sie muß auch den Schutz der persönlichen Freiheit jedes einzelnen Staatsbürgers und damit auch jedes Parlamentarier als eines vom Volke Gewählten garantieren. Man muß es begreifen, daß die Parteien in allen ihren Teilen ohne Unterschied der Parteiauffassung einmütig zum Gebrauch aller staatlichen Machtmittel, und sei es auch der rücksichtslosesten, entschlossen ist. Wir können uns die Revolutionen nicht mehr leisten! Diese Zeit muß ein für allemal vorbei sein! Eine Regierung die jetzt nicht führt, sondern die sich von Verbrechern anführen läßt, ist nicht mehr wert, als hinweggefegt zu werden. Jetzt heißt es Festhalten und Entschlossenheit nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zu zeigen. Ein solcher Plan wie der jetzt verabschiedete sollte uns den furchtbaren Ernst der Situation nachdrücklich vor Augen führen. Mit knapper Not ist das deutsche Volk dank der todesmutigen Aufopferung eines Hund voll Sicherheitsmänner vor einem entsetzlichen Schicksal bewahrt geblieben. Nun aber heißt es Erneuerung, daß es eine solche Situation nicht mehr wiederholt. Dafür ist die Regierung verantwortlich.

Wir müssen endlich einmal zur Rache kommen und wir brauchen alle unsere Kräfte wirtschaftlich, politisch, geistlich, sozial und kulturell betriebs. Wir müssen Entschlossenheit zeigen und wir müssen es recht die Verbrecher im Volk und unsere Reihen entfernen. Wir haben Pflichten zu erfüllen, die am Reich unserer Nation stehen. Wir haben Opfer zu bringen, die uns die letzten Kräfte auslaugen und wir müssen Demonstrationen zeigen, die die schwerste Polizeimassnahme für unsere letzten Kräfte bedeuten. Wir sind am Rande unserer Kräfte. Wir sind der Erschöpfung nahe dem Reiches nahe. Jetzt gibt es nur noch eine Möglichkeit für die ruhige feste Arbeit im Volk: die Arbeit der Einmütigkeit des Volkes! Diese Pflicht ist unabweisbar, wenn wir haben nicht nur Regierung und Parlament, sondern alle bürgerlichen Kreise ein Interesse, die nicht wünschen, daß sie nach dem furchtbaren Erleben der letzten fünf Jahre auch noch im Innern unseres Landes in einem Meer von Blut und Tränen ertrinken.

## Zum Schulkampf in Sachsen

Schreibt die „Sächs. Volksz.“ (Nr. 44) u. a. folgendes: Der Kampf um die konfessionelle Schule hat daher bereits seinen Anfang genommen, und zwar besonders in Dresden. Dort verlangen die sächsischen Schulbehörden amtlich auch die Anmeldung der katholischen Kinder für die sächsischen Schulen, die zwar allgemeine Volksschulen heißen sollen, aber naturgemäß protestantische Schulen bleiben werden, so daß nur die Katholiken davon Nachteil haben würden. Diese haben nun die Kampfanlage aufgenommen. Der katholische Schulvorstand und der Hauptlehreramt für die katholischen Schulen fordern öffentlich die Eltern, ihre Kinder aus den katholischen Schulen anzumelden und die Reichsverfassung des Reiches in Anspruch zu nehmen, und daher eine Pflicht zur Anmeldung der Kinder für die sächsischen Schulen nicht anerkannt werden kann. Die Eltern der katholischen Schulen Dresdens haben in einer Tagung am vergangenen Sonntag ihrem unerschrockenen

Harmoniums-Hörigel. Voller edler Orgelton! Solides Material! Garantie! Alle Forderungen! Verkauf: Hentschel & Grät, Dresden-A. Schloßstraße 18, Fernspr. 13492

Nr. 13, Seite 8  
ante prima  
elin-Boa  
erkaufen.  
Schremmer,  
rächner,  
udollstraße 5.  
mpen  
onen  
uitäten  
B, Bösenberg & Co.  
eden - A.  
straße 6/7.  
Bonn 10-200 Mk.  
sse,  
ffelstraße 10/12  
eumatismus,  
reiben, Verkauf  
heit der Gelenke,  
gebraucht man  
iltz  
ngelspiritus  
erwährt angewandt.  
- Marx  
üne Apotheke,  
rt 209.  
ran  
Zähne  
Corlet-Industrie),  
rfett-  
ialistin  
Damen  
er Gesellschaft  
nach Maß und  
probe.  
lehr empfohlen  
ung von mi  
en Stoffen!!  
schnell und billig.  
gter-Str. 16,  
Laden,  
-Str.-B. 2, 22 20  
f 20924  
waren,  
aren 10.  
ippe!  
den  
Fernr. 15612  
Fernr. 28216  
Dugend Post-  
abinettbilder  
ung eine  
öherung  
aris  
ograph  
Zähne  
den-Pl.  
tage Nr. 12  
Wetzel & Bech.  
ATER-  
u. Couplets  
Schauspiele,  
elo usw. 11  
ndung diogenora  
go frei  
rd Kleine  
rborn

Wollen auf katholische Erziehung ihrer schulpflichtigen Kinder als nächstbetroffene Ausübung verziehen. Um aber willkürlichen Anstößen der jüdischen Schulbehörden ein Ende zu bereiten, wird es allerdings nötig sein, die Willkür der jüdischen Schulbehörden, die Reichsverfassung einfach zu umgehen, in der Nationalversammlung zur Sprache zu bringen, damit ihnen zum Bewußtsein gebracht wird, daß die Reichsverfassung auch für Sachen gilt. Auch für die bevorstehende Tagung der Zentrumspartei dürften die Willkürmaßnahmen der jüdischen Schulbehörden, die den Bestimmungen der Reichsverfassung geradezu ins Gesicht schlagen, nicht ohne Interesse sein. Die kleine katholische Minderheit in Sachen bedarf einer Hilfe ihrer in glücklicheren Verhältnissen lebenden Glaubensbrüder, wenn sie nicht schließlich doch brutaler Gewalt unterliegen soll, zumal da vom Vorgehen evangelischer Eltern in gleicher Richtung leider sehr wenig zu hören ist.

### Nationalversammlung

Berlin, 17. Januar

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachte Nachtragsetat zur Erhöhung der Feuerungszulagen für Beamte, Offiziere, Mannschaften usw. um 150 Prozent steht zur ersten Beratung. Angefordert werden dafür 500 Millionen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich wende mich nun bei dieser Gelegenheit gegen die Opposition, die sich in weiten Kreisen gegen die Einzelzulagen geltend gemacht hat. Das Reich hat allen Anlaß, hinter diese Familien in jeder Weise zu unterstützen. Erfreulich ist das Einverständnis der Beamten, daß mit der Befolgsungsreform eine Steigerung der Arbeitsleistung eintreten muß, damit die Zahl der Beamten vermindert werden kann. Es muß auch für sie allgemein der achtstündige Arbeitstag eingeführt werden. Ebenso zu begrüßen ist die Erklärung der Beamtenschaft, daß sie selbst unter sich mit allen Mitteln dahin wirken wolle, daß jede Korruption aufhöre. Die Politik der Regierung führt nicht zum Staatsbankrott, denn ein besseres Anlagekapital als für eine unbedingt notwendige Prämienunterstützung ist nicht denkbar. Ein Abbau der Preise, der die Produktion herabmindert, würde äußerst bedenklich sein.

Abg. Heim (Bayr. Volksp.): Die Entwicklung wird dahin führen, daß das Geld leihen nicht mehr angenehm wird, sondern daß man nur noch Ware gegen Ware nimmt. Man höre doch endlich auf den Landwirten Preise zuzumuten, die die Erzeugungskosten nicht decken. Infolge ungenügender Preise verringert sich die Produktion, und das Reich muß dem Ausland die Prämien zahlen, die es den heimischen Landwirten verweigert. Der Redner wendet sich dann gegen die vorzeitige Verreichlichung der Eisenbahnen.

Reichsminister Erzberger: Verkehrs- und finanztechnische Gründe erfordern es, daß die Verreichlichung der Eisenbahnen bis zum 1. April durchgeführt wird. Die Befürchtung, daß der Verband dann die Bahnen als Monopolobjekt mit Beschlag belegt, ist unbegründet, denn die Bahnen werden auch im nächsten Jahre ein gemäßigtes Defizit ergeben. Auf die Zugriffsmöglichkeit an sich ist die Verreichlichung ohne jeden Einfluß. Es liegt nicht in der Absicht der Reichsregierung, die Eisenbahnen zur Grundlage von Kreditaktionen zu benutzen.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.): Herr Dr. Heim sollte nicht immer für Bayern Besonderheiten verlangen. Sollte Herr Dr. Heim eine Dezentralisation, die allen zugute kommt, mit uns durchzuführen versucht, dann würde auch mit diesem System etwas Ersprießliches erreicht werden. Auch der Reichsfinanzminister ist an sich Anhänger der Dezentralisation.

Abg. Wurm (Unabh.): Mit einer Verbilligung der Preise ist nichts zu erreichen, solange der Landwirt über Grund und Boden unbeschädigt bleibt.

Abg. Dr. Heim (Bayr. Volksp.): Ich wünsche nicht den schrankenlosen Einheitsstaat.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.): Dr. Heims Auffassung ist revolutionär gegen die geltende Verfassung. Wozu dient seine Rede ins besetzte Gebiet?

Abg. Dr. Herschel (Zentr.): In Wiesbaden hat Dr. Heim mit französischen Offizieren verhandelt, ja sogar öffentlich mit ihnen diniert.

Abg. Dr. Heim (Bayr. Volksp.): Es handelte sich um einen mir beigegebenen Begleitoffizier.

Die erste Lesung schließt. Der Nachtragsetat wird in zweiter und dritter Lesung sowie in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen.

Die Gesamturteile zur Prüfung von Wildschreien für Jagdscheine und über die Beschäftigung Schwerbeschädigter gehen zur Vorberatung an Ausschüsse.

Der Gegenwärtige über die Gemehrung von Straf- und Freiheitsstrafen an Personen aus den Abstammungsgebieten sowie über die Änderung des deutsch-polnischen Beamtenvertrages wird in allen drei Lesungen und in der Gesamtabstimmung angenommen.

Die Sitzung wird um 15 Uhr wieder eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die von allen Parteien außer den Unabhängigen eingebrachte Interpellation über die vom interalliierten Ausschuss erlassene Verordnung für die Rheinlande.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) begründet die Interpellation. Gemäß dem Rheinlandsabkommen kann der Ausschuss solche Verordnungen erlassen, die für den Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse der fremden Streitkräfte notwendig sind. Der Ausschuss hat aber fünf Verordnungen erlassen, die die Grenzen dieser Zuständigkeit nicht innehalten. Er greift damit in die Befehlsgewalt des Reiches und Preussens ein, unterstellt seinen Verwaltungsmaßnahmen das besetzte Gebiet, behält sich vor, jeden auszuweisen, der ihm ge-

fährlich erscheint, unterstellt verfassungswidrig seiner Überwachung das Brief-, Fernschreib- und Fernsprechgeheimnis und die freie Meinungsäußerung der Vereinsversammlungen. Er beansprucht das Recht, bei den Zivilgerichten anhängige Sachen direkt zu erheben und den Kreis der Sachen zu bestimmen, die er vor sein Tribunal oder die Willkürgerichte ziehen will. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Innehaltung des Rheinlandsabkommens zu sichern?

Reichsminister Koch: Beständen die Verordnungen zu Recht, so wären die Rheinlande kein besetztes, sondern ein unterworfenen Gebiet. Sie wären nur eine dem Fremden auf Gnade oder Ungnade ausgelieferte Kolonie. Wir haben Protest eingelegt. Wir stehen auf dem uns feierlich garantierten Rechtsboden. Wir können die Verordnung als zu Recht bestehend nicht anerkennen. (Beifall.) Wie ein roter Faden zieht sich durch die Verordnung die Begründung, daß das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlich wäre. Diese Aufgabe fällt aber der deutschen Staatshoheit zu. Verordnungen dürfen nur die Sicherheit der fremden Truppen betreffen. Das tun sie nicht. Sie beschränken die Einwohner in ihren staatsbürgerlichen Rechten und den Staat in seiner Verwaltungshoheit. In den willkürlichen Ausweisungen liegt ein schwerer Übergriff. 76 Beamte sind von den Franzosen, 12 von den Belgiern ausgewiesen worden. (Hört! Hört!) Die Engländer und Amerikaner haben keinen Beamten ausgewiesen, nur je einen abberufen. (Hört! Hört!) Die Schieber haben sich die Zwitterstellung der Rheinlande zunutze gemacht, weil sie in den Rheinländern Straffreiheit zu finden hoffen, wenn sie sich gegen die Strafgesetze des Vaterlandes vergangen haben. Den Lösungsbestrebungen wird Vorbehalt geleistet. Gegen Willkür oder Ungeschicklichkeiten in Wort, Gebärde oder Haltung werden hohe Gefängnisstrafen angedroht. Es ist ein unerhörtes Verbrechen, daß Angehörige eines fremden Volkes sich zum Stützpfeiler darüber aufspielen, was stülisch ist. Diese Verordnungen bedeuten die Aufrechterhaltung einer fremden Gewalt, die kein Kulturvolk ertragen kann. Wir werden alle Rechtsverletzungen vor das Licht der Öffentlichkeit bringen. In den besetzten Gebieten hat das Reich 10 Millionen Mark ausgenommen. In der Frontierung über das Rheinland muß man eine nationale Einheit bilden. Die Bevölkerung jenseits des Rheins nimmt mit völlig nichtigenden Ausnahmen eine untadelhafte Haltung ein. Unter den Kaufschlügen der Willkür wird das Rheinland fester an uns geschmiebelt als je in den Zeiten des Glücks. Nach Befragung, Mut und Sprache ist das Rheinland deutsch. Auch nach dem Friedensvertrag (Beifall.)

Die Interpellation ist damit erledigt. Nächste Sitzung Sonntag 12 Uhr. Betriebsrätegesetz, dritte Lesung. Schluß der Sitzung 1/6 Uhr.

### Das Betriebsrätegesetz angenommen

Berlin, 18. Januar

Auf der Tagesordnung steht die 3. Lesung des Betriebsrätegesetzes.

Abg. Schiele (Deutschn. Volksp.): Meins Votum lautet das Gesetz ab. Es wird kein sozialer Frieden nicht fördern und ansehnlich darstellenden Wohlstandes den Arbeitnehmern erschweren. Die Betriebsräte werden zugunsten der Arbeitgeber, um die Arbeitslosen zu terrorisieren. Die Verantwortung lag bei der Regierung und bei der Reichspartei.

Abg. Woz (Deutsche Volksp.): Dieses Gesetz wird eine unübersehbare Ombra emigrieren und auf den Arbeitnehmern ein schweres Kreuz sein. Es wird die deutsche Volkswirtschaft auch im Wettbewerb mit dem Auslande auf das Schwerste gefährden.

Abg. Sturzbach (Zentr.): Gegen dieses Gesetz ist von rechts und links Sturm gelaufen worden, das höchste Gesetz, das viel Fruchtbare in ihm enthalten sein muß. Für das Arbeiterrecht bedeutet die Vorlage einen großen Fortschritt. Die Vorlage schafft soziales Recht an Stelle des jetzigen Rechts. Früher war der Arbeiter eine Nummer, jetzt ist er Mensch. Wir machen das Gesetz nicht unter dem Zwange der Verhältnisse, sondern weil wir es für eine zwingende Notwendigkeit halten.

Abg. Henke (Unabh. Soz.): Unter Vorbereitungen zu neuem Massenmord wird die Vorlage verabschiedet. (Zuruf: Die Vorbereitungen haben Sie getroffen!) Sie treiben Sozialdemagogie. Aus ist das Gesetz unannehmbar.

Abg. Osterroth (Soz.): Die äußerste Linke hat den reinen Loren Laubach, den Parivalder der Unabhängigen (Wolke Heiterkeit), in den Ausschuss geschickt. Daneben hatten sie noch einen Vertreter, aber von beiden hat immer wenigstens einer bei allen 72 Bestimmungen gestimmt. Ich habe genau nachgesehen. (Zuruf von den Unabhängigen: Falsche Durchführung.) Das Betriebsrätegesetz ist als ein Hauptstück der Reichsverfassung zu bezeichnen und ist weber von dem Ideale des Sozialismus nach der Demokratie ab.

Reichsminister Erzberger: Schiele teilt mit, daß wegen der internationalen Regelung der Sechstundentage in den Bergwerkbetrieben demnach die Verhandlungen aufgenommen werden.

Abg. Erkelenz (Dem.) spricht für die Vorlage. Die allgemeine Erklärung schließt. Das Gesetz wird paragrafenweise angenommen. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

In namentlicher Gesamtabstimmung wird das Gesetz mit 213 gegen 64 Stimmen der Rechten und Unabhängigen angenommen.

Der Präsident bittet um die Ermächtigung, den Tag der nächsten Sitzung festzusetzen zu dürfen, sobald der Bericht des Steueraussschusses vorliegt.

Abg. Henke (Unabh. Soz.) hält eine Vertagung in jetziger Zeit für unbedingt. Seine Partei wenigstens sehne sich nach den Neuwahlen, weshalb die noch ausstehenden Arbeiten in der Nationalversammlung nicht hinausgeschoben werden sollten.

Abg. Schulz (Stromberg, Deutschn.): Wann kommt endlich das Wahlgesetz? Das ist doch die Hauptsache! Wie lange soll die Vorlage dauern?

Präsident Ebert: Ich nehme an, daß die nächste Sitzung der Nationalversammlung nicht vor Ende Februar stattfinden wird. Schluß gegen 7 Uhr.

### Deschanel Präsident der französischen Republik

Paris, 17. Januar. Deschanel wurde mit 734 von 889 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. Ferner erhielt Journard 66, Clemenceau 56, Bourgeois 6 Stimmen. Weitere Stimmen wurden verteilt abgegeben.

Paris, 18. Januar. Der neue Präsident Deschanel hat heute abend dem Duay d'Orsay einen Besuch ab, wobei ihm militärische Ehren erwiesen wurden. Poincaré begleitete Deschanel in sein Kabinett, um ihm seine Glückwünsche auszusprechen. Bei seiner Ankunft und Abfahrt wurde Deschanel von einer großen Menschenmenge begrüßt. Auch Leon Bourgeois und Marshall Koch stellten Deschanel Besuche ab. Ministerpräsident Clemenceau traf er jedoch nicht an, da dieser von seinem Vorgesetzten Bernonville im Departement Eure noch nicht zurückgekehrt war. Clemenceau kam erst gegen 7 Uhr abends in das Kriegsministerium. Er hat die Absicht, einen Ministerrat einzuberufen, der heute vormittag 10 Uhr unter der Vorsitz Poincarés am Duay d'Orsay stattfinden wird. Bei dieser Sitzung wird er dem Staatspräsidenten die Gesamtemission des Kabinetts einreichen. Aber Wahrscheinlichkeit nach wird Millerand mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden.

### Mitglied der Friedensvollmachtigen

Paris, 18. Januar. Der Mitglied Clemenceaus, der heute offiziell beauftragt wird, wirft die Frage der Vertretung Frankreichs auf der Friedenskonferenz auf. Clemenceau ist nicht nur Chef der französischen Delegation, er ist auch Vorsitzender des Obersten Rates. Außerdem treten mit ihm drei weitere der Friedensvollmachtigen zurück, nämlich Pichon, Tardieu und Klotz. Nur der fünfte Delegierte Jules Cambon ist nicht Mitglied des Kabinetts. Clemenceau wird die Bildung des neuen Kabinetts abwarten, bevor er seine Funktionen als französischer Friedensvollmächtigter niederlegt. Montag vormittag 10 1/2 Uhr wird er noch an der Sitzung des Obersten Rates teilnehmen. In dieser Sitzung werden die verbündeten Vertreter namentlich die endgültige Liste der von Deutschland auszuschießenden aufstellen. Es ist klar, daß bei dieser Sitzung die Frage entschieden werden wird, in welcher Form künftig die diplomatischen Beratungen vor sich gehen sollen.

Paris, 17. Januar. Nach dem „Petit Parisien“ wird Clemenceau in kurze Paris verlassen, um in La Tranche Erholung zu suchen und seine Memoiren zu schreiben. Der Premierminister will sich endgültig vom politischen Leben zurückziehen.

### Ungarn protestiert

Budapest, 18. Januar. Der Sonderberichterstatter des Ang. Tel. Korr.-Bür. telegraphiert drahtlos aus Brüssel: Graf Apponyi führte in seinem vor dem Kaisertrat gehaltenen Exposé aus: Es sei nicht angebracht, von der Fiktion Gebrauch zu machen, daß die in Ungarn lebende Bevölkerung nichtungarischer Junge sich von diesem Lande lösen wolle, wo doch die Wahrheit so leicht durch eine Volksabstimmung festgestellt werden könne. Eine Zerstückelung Ungarns sei unvereinbar mit dem Wiederaufbau Europas und der Konsolidierung der europäischen Verhältnisse. Mit Bezug auf die finanziellen Lasten, die der Friedensvertrag Ungarn auferlegt, hob Apponyi hervor, daß Ungarn nach dem Kriege noch die Verpflichtungen anderer Revolutionen und nach den Verden der Volksrevolutionen noch eine harte Befragung durchmachen mußte. Lloyd George ersuchte um Klärung, wo sich die 3 1/2 Millionen starke Bevölkerung befände, welche durch den Friedensvertrag von Ungarn losgerissen werde. Apponyi legte dar, daß ungefähr 2 Millionen zusammenhängend mit der ungarischen Bevölkerung wohnen, und erteilte sodann an der Hand einer Landkarte Lloyd George und den übrigen Mitgliedern des Kaisertrates eingehende Aufklärungen.

### Die Note an Holland

Paris, 18. Januar. Inzwischen überlagert gestern dem holländischen Gesandten in Paris die Note des Obersten Rates, welche die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers verlangt. Das Schriftstück, das sich auf Artikel 227 des Versailler Vertrages stützt, appelliert an den Gewissenhaftigkeit der holländischen Regierung und ermahnt diese, daß dem Wunsch der Alliierten nachzukommen, eine exemplarische Strafe zu realisieren. (1)

### Der Abtransport der Gefangenen

Berlin, 17. Januar. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Vier deutsche Dampfer haben auf dem Weg nach Frankreich die Gefangenen erhalten, um den Abtransport der Gefangenen in Frankreich auf dem Seewege zu übernehmen. Es fahren aus: Am 18. Januar der Dampfer „Rhein“ nach Rouen, „Göteborg“ und „Derwent“ nach St. Nazaire, am 19. Januar „Mellin“ nach Le Havre. Rückkehrer sind Emden, Cuxhaven, Braunschweig und Bremerhaven.

In einer Meldung aus Paris wird gesagt: Die auf vergangenen Donnerstag angelegte Abfahrt des ersten Gefangenenzuges hätte in ausgedehnter Weise stattfinden sollen, da das von den Deutschen zu liefernde Material nicht zur Stelle war. Demgegenüber wird nun zu- ständiger deutscher Stelle berichtet, daß unser Eisenbahnmaterial längst abholbereit war, daß die Franzosen aber erst vorzeitig — wie am Tage der vorgesehenen Abfahrt des ersten Zuges — die Stationen angaben, nach denen die Züge von uns gelassen werden sollten. Abschluß nach der französischen Benachrichtigung worden die Züge nach Westen abgefahren. Auf die Abfahrt nach Deutschland dürfte ein jeder Zug 24 bis 48 Stunden warten und außerdem werden bekanntlich die unterschiedlich behelmten zuerst heimgefahren. Die hiesigen amtlichen Stellen rechnen daher nicht vor Ende Januar oder Anfang Februar mit der Ankunft der ersten Züge aus r.-bts-geheimen Deutschland.

### Rosa-Maria

Roman von Melati von Jans

Aus dem holländischen überetzt von Leo Kope von Geemstebe

(24. Fortsetzung.)

Jans war indessen lässiger und zufriedener zu stellen als je, sie murrte über alles, nichts war ihr recht. Als Rosa-Maria, welcher der Arzt gesagt hatte, es gebe bald mit Jans zu Ende, sie fragte, ob sie ihren Vater nicht zu sehen wünsche, erwiderte sie in ihrer tiefen, plumpen Weise:

„Danke schön! Ich habe ihn mehr gesehen, als mir lieb war, da ich bei ihm leben mußte. Schreibe ihm, ich sei gestorben, und damit basta!“

„Aber es ist doch dein eigener Vater, Jans!“

„Der froh war, mich los zu werden. Ihr habt euch länger mit ihm herumgesehen, Rosa? — Er wird für mich und Frank eine große Erleichterung sein, wenn ich er stirbt. Es ist gut so! Wenn ich nicht mehr da bin, dann kommt ihr euch besser und hässlicher einrichten, ohne daß ich euch zur Last bin.“

„O Jans, wenn du wüßtest, wie gerne ich dich behalten möchte!“

„Ach was, sei keine Narzin! Ich bin dir immer im Wege geblieben. Wäre ich nur früher gestorben, so hättest du Frank nie geheiratet, denn ihr beide paßt doch nicht zusammen. Du hast es nur weintrotzen geirrt, und nun muß ich doch sterben. Hätte ich das gewußt, so hätte ich es lieber noch in einem Bilde von ihm aufgehängt!“

Als es endlich ganz zu Ende ging, wurde sie ein wenig sanfter gestimmt.

Rosa-Maria war seit einigen Tagen nicht so nett gegangen, sie sah matt und angegriffen aus.

„Rosa“, sagte Jans, „du bist ein gutes Mädchen. Wenn ich Mama sehr, so werde ich ihr sagen, daß du dein Versprechen zu halten hast und daß sie dir dafür dankbar sein mag, aber auch, daß sie zu viel von dir verlangt hat.“

Rosa-Maria schluckte.

„Sprich nicht so... Was ich für dich getan habe, tat ich aus Liebe zu dir, und nun bleibe ich so allein... so ganz allein zurück!“

„Nun, meine Gesellschaft war nicht viel wert. Und du bist ja doch verheiratet und hast einen Mann. Eines will ich dir sagen: Dein Glück hängt ganz davon ab, daß du Frank liebst und er deine Liebe erwidert!“

„Er liebt weiter nichts als seine Fortentwässerung. Ich wollte, daß du bei mir bliebest, Jans. Ach Gott, es ist schrecklich, allein, ganz allein...“

„Nege dich nicht so auf, Wahrheit, es tut mir nicht leid, daß ich jetzt mit dem Leben fertig bin. Was war es für mich? Ein elendes Dasein, ich konnte mich selbst nicht ausstehen, und nichts in der Welt machte mir Freude. Ich hoffe, daß ich es jetzt besser haben werde.“

Jans stand doch ziemlich unerwartet, und Rosa-Maria war ganz außer sich. Frank war gültig und geduldig und sorgte für ein anständiges Begräbnis. Giesinger kam von Amsterdam herüber, verzeigte einige Tränen, nachdem er sich in die Wohnung hineingetrunkeln, und machte Rosa-Maria Vorwürfe, daß sie ihn nicht beizuliegen gemacht habe, um seinem einzigen Kinde die Augen auszubringen. Vom Begräbnis zurückgekehrt, wollte er das Sterbehaus nicht mehr betreten, und weder Frank noch seine Frau drangen weiter in ihn.

Als Frank in das Zimmer trat, fiel Rosa-Maria ihm weinend um den Hals und sagte schluchzend:

„Ach, Frank, ich bin nun so ganz allein. Bist du nicht verfallen, mich ein ganz klein wenig zu lieben?“

Er war gerührt, ein Gefühl von Mitleid überkam ihn, als die anmutige Gestalt sich hilflos an seine Brust lehnte und ihre schönen, großen Augen lebend zu ihm emporrichtete; aber während er sie ansah, erinnerte ihn der Ausdruck ihrer Blicke gerade an ein Gesicht, das ihm schon lange vorgekommen war, und er konnte sich nicht enthalten zu sagen: „So, doch eben, noch ein Augenblick!“

Aber Rosa-Maria riß sich mit sorgelosen Augen von ihm los, und Frank stampfte ungeduldig mit dem Fuße. „Du willst mich auch nie begreifen!“ sagte er.

„Begreifen?“ wiederholte sie, durch Tränen, Nachtweiden und

Enttäuschung in hohem Maße erregt. „Begreifen? Ich begreife dich vollkommen, aber du begreifst mich nicht und machst dir gar nichts aus mir!“

Sie ging hinaus, trat in das Sterbezimmer, warf sich in einen Sessel und weinte sich in den Schlaf. Wie lange sie, von Schmerz und Ermüdung überwältigt, so gerührt hatte, wußte sie nicht; sie erwachte von dem Tone einer lauten, heiseren Stimme, deren unangenehmer Klang sie nur zu wohl kannte; das waren Klänge die ruhigen, artigen, gemessenen Worte ihres Mannes.

„Was will er hier, Jans?“ rief sie, noch halb schlaftrunken; dann legte die Bestimmung allmählich zurück. Jans wurde heute früh begraben, und nun hat Giesinger eins über den Durs getrunken und macht sich Frank lässig!

Sie stand auf, steckte ihre verworrenen Haare fest und ging in das Wohnzimmer, wo Giesinger Frank gegenüberstand und in weinerlicher, jammervollem Tone Klage führte über seinen Schmerz über den Tod seines Kindes und die Abneigung von Rosa, die er immer wie seine eigene Tochter lieb... ja lieb gehabt habe. Mit einem trampfhaften Schluchzen schloß er seine rührende Klage und trödete sich mit seinem roten Taschentuche das purpurfarbene Gesicht. Jetzt wollte er seinem lieben Schwiegersohn einmal erzählen, wie er eigentlich so unglücklich geworden war, dann würde er einsehen, daß es seine Schuld nicht gewesen sei... nein, wirklich nicht, und daß er wohl der Hilfe und Unterstützung würdig sei.

Frank versicherte unisono, daß er es wohl einsehe, und entschuldigte sich, daß er keine Zeit habe. Der andere bemerkte, er könne nicht nach Amsterdam zurückfahren, denn man habe ihm sein Geld und seine Mietsfahrkarte gestohlen, er wolle deshalb gern hier schlafen, wenn es auch nur auf dem Fußboden sei.

Rosa-Maria lauschte mit Wohlgefallen Frank's sanfter, erhellender Stimme, die so himmelweit verschieden war von Giesinger's doppeltem Augenblick, und plötzlich überkam sie ein Gefühl von Scham und Mitleid mit Frank. Von diesem Gefühl getrieben trat sie, den Kopf zurückwerfend und die Keinen Häuse zusammenballend, in das Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Wahlvorlage die nächste Sitzung zur Abstimmung.

Republik mit 734 von 839 gewählt. Ferner 6 Stimmen.

Deschanel hatte dabei ihm militärischen Deschanel in sein. Bei seiner Anwesenheit...

Der deutsche offizielle Bericht über die Sitzung ist auch vorliegt. Er ist auch vorliegt...

Der deutsche offizielle Bericht über die Sitzung ist auch vorliegt. Er ist auch vorliegt...

Der deutsche offizielle Bericht über die Sitzung ist auch vorliegt. Er ist auch vorliegt...

Der deutsche offizielle Bericht über die Sitzung ist auch vorliegt. Er ist auch vorliegt...

Der deutsche offizielle Bericht über die Sitzung ist auch vorliegt. Er ist auch vorliegt...

Der deutsche offizielle Bericht über die Sitzung ist auch vorliegt. Er ist auch vorliegt...

Der deutsche offizielle Bericht über die Sitzung ist auch vorliegt. Er ist auch vorliegt...

Der deutsche offizielle Bericht über die Sitzung ist auch vorliegt. Er ist auch vorliegt...

Wien, 18. Januar. Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenen...

Polnischer Überfall auf deutsche Truppen

Danzig, 17. Januar. Von amtlicher militärischer Seite wird mitgeteilt: Mit dem polnischen Verbindungsoffizier beim Gouverneur...

Der polnische Verbindungsoffizier ist mit einem Offizier des Gouvernements Thorn und dem Führer der Maschinen-Gewehrkompanie...

Berlin, 18. Januar. Zum deutsch-polnischen Zusammenstoß bei Argunau wird mitgeteilt, daß der Überfall seitens der polnischen Truppen erfolgte...

Die Räumung Thorn's Danzig, 18. Januar. Die Besatzung des 17. Armeekorps teilt mit: Thorn ist geräumt. In der Stadt herrscht Ordnung und Ruhe...

Die Besetzung von Ratibor Prag, 18. Januar. Die tschecho-slowakische macht sich fertig, um das Gebiet von Ratibor zu besetzen, das ihr im Frieden von Versailles zugesetzt wurde...

Das Ende der Streikbewegung Berlin, 18. Januar. Die Streiks sind fast überall im Reich erloschen. Es streiken nur noch das händische Handwerk...

Berlin, 18. Januar. Außer der Eisenbahnhauptwerkstätte in Nied hat die Regierung während des letzten Eisenbahnstreiks wegen Anwerbsmangel...

Berlin, 18. Januar. Durch den zehnjährigen Eisenbahnstreik hat in den preussischen Staatsbahnen Verluste von über 900 Millionen Mark eingetreten...

Wasserdampf, 17. Jan. Wie die „Wasserdampf“ am Oberfelsel melden, ist gestern zwischen Lona und Uderich der Dampf gebrachener...

General Waco zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilt

München 18. Januar. Nach dem Verurteilungsurteil im dem Ministerpräsidenten Waco...

General Waco über die politische Lage

Der Kommandeur des Bezirks 4, General Waco, äußerte sich über die politische Lage im Weich und in seinem Kommandobereich im besondern ungefähr folgendermaßen:

Mit den Truppen, die uns nach dem Friedensvertrag bis zum 1. April verbleiben, sind wir allen Schwierigkeiten durchwegs gewachsen, so daß irgendwelche Punkte keine Aussicht auf einen Eingangsversuch haben...

Die sächsische Regierung hat durch die Staatskanzlei nachstehende Mitteilung verbreitet: Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend erneut eine Abordnung der sächsischen Eisenbahner...

Die sächsische Regierung hat durch die Staatskanzlei nachstehende Mitteilung verbreitet: Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend erneut eine Abordnung der sächsischen Eisenbahner...

Die sächsische Regierung hat durch die Staatskanzlei nachstehende Mitteilung verbreitet: Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend erneut eine Abordnung der sächsischen Eisenbahner...

Die sächsische Regierung hat durch die Staatskanzlei nachstehende Mitteilung verbreitet: Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend erneut eine Abordnung der sächsischen Eisenbahner...

Die sächsische Regierung hat durch die Staatskanzlei nachstehende Mitteilung verbreitet: Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend erneut eine Abordnung der sächsischen Eisenbahner...

Die sächsische Regierung hat durch die Staatskanzlei nachstehende Mitteilung verbreitet: Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend erneut eine Abordnung der sächsischen Eisenbahner...

Die sächsische Regierung hat durch die Staatskanzlei nachstehende Mitteilung verbreitet: Der Ministerpräsident empfing am Sonnabend erneut eine Abordnung der sächsischen Eisenbahner...

Chemnitz, 18. Januar. Von bahnmännlicher Seite wird mitgeteilt, daß infolge des Streiks der Güterboomenarbeiter die Eisen- und Frachtagüterabfertigung bei den Anstehenden Chemnitz-Hauptbahnhof, Chemnitz-Südbahnhof, Chemnitz-Hilbersdorf, Chemnitz-Altendorf und Chemnitz-Kappel bis auf weiteres gestoppt ist...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Dresden, 18. Januar. Gegen die Errichtung einer staatlichen Hochschule für Musik in Dresden protestierte eine Karl besuchte Versammlung im Saale des Konfessionsrats...

Bredener Johannistag. (Vereinigung katholischer Akademiker zur Pflege der katholischen Weltanschauung.)

Leipzig-Verband. Der Volksverein veranstaltete am 14. Januar für die Katholiken des Westens im großen Saale des Deutschen Hauses einen wohlgeleiteten Gemeinabend.

den, auf dem Bausche kriechen und Staub zu essen. Es wird sich wieder Verständnis zeigen für das Wort Carpe diem: Bruder du bist mehr als ein zweibeiniges Tier; Bruder du hast eine Seele.

§ Leipzig. (Kath. Frauenbund Deutschlands, Zweigverein Leipzig.) Hausangestellten-Gruppe. Veranstaltung Mittwoch den 21. Januar, abends 7 Uhr im Geseckenhause.

Wien vermag. Wo ist ein England für Wall und Material, schlauer als der Krieg, dessen Schaden noch furchtbar bluten.

Mitteiliches

Die die „Köln. Volkszeit.“ schreibt, begeben sich am Montag als Vertreter des Metropolitankapitels Dompropst Dr. Wittendorf mit dem Senior des Kapitels, den in diesem Falle Domkapitular Dr. Klant

Kunst, Wissenschaft und Vorträge

Bredener. Der Verein für schulfähige Volkshilfen und Volkskunst veranstaltet am Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, im neu eröffneten Marionetten-Theater von Heinrich Apel, Dresden-Rusthof, Götzler Straße 18, eine Hochfeier

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: i. Vert. Friedrich Koenig; für den Inhaltenteil: Peter Schönbauer. — Druck und Verlag des „Sonntag-Buchdruckers“ G. m. b. H. in Dresden

Elisabeth Steiner. Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss entschlief heute morgen 1/3 Uhr nach langem, schwerem mit Fingeldgeduld ertragenen Leiden unsere liebe gute Tochter, Schwester und Schwägerin, Fräulein Elisabeth Steiner.

Kreuzbündnis (V. a. K.) Dienstag den 20. Januar 1920 abends 8 Uhr im Geseckenhause, Rauscherstraße 4. Jahres-Hauptversammlung.

Für Silbergeld und Goldgeld höchsten Konkurrenz-Tagespreise. Künstliche Gebisse, alte Zähne, Platin, Gold, Silber.

Culmbacher Hof. Spezial-Ausschank I. Culmbacher Radeberger Pilsner :: Tucher Bräu. Vorzüglicher Mittagstisch.

Felle und Häute! Ich zahle bis auf weiteres für alle, gr. Ziegen bis 100 Pf. Schaffelle, trocken, bis 85 Pf.

Reellste Bedienung. Kaufe zu höchsten Tagespreisen alte, künstliche, auch zerbrochene Zähne und ganze Gebisse.

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Klerus zu Dresden.

Amstliche Bekanntmachungen. Auslandsmitgliedschaft. Mit Ratbekanntmachung vom 10. Januar 1920 (abgedruckt im Dresdner Anzeiger vom 11. Januar 1920) wurde beauftragt, daß in Verbindung mit der jetzigen Lebensmittellistenanfrage

Margarine-Verteilung. Freitag den 23. und Sonnabend den 24. Januar 1920 wird beliebt: a) die angemeldete Vanbestenart der Stadt Dresden

Nährmittelverteilung. § 1. Auf den Stammschnitt des gelben Nährmittels Karte A der Stadt Dresden für die Zeit vom 18. Januar 1920 bis 14. Februar 1920 wird ein Halbjahres-Paket Dr. Klappfers

Strohfuttermittel. Die in außerordentlichem Umfang eingetretene Steigerung der Strohpreise und Futtermittel, sowie weiterer sparsamerer Verbrauch

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen. 1. Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto. 2. Das Problem der Trennung von Staat und Kirche

SLUB Wir führen Wissen.